



Mehr Demokratie wagen!

Am 30. August erschütterte ein politisches Erdbeben Leverkusen. Pro NRW zog auf Anhieb in Fraktionsstärke in den Leverkusener Stadtrat und in die Bezirksvertretungen ein.

Pro NRW hat es geschafft, sich parlamentarisch zu verankern und ein seriöses rechts-demokratisches Gegenmodell zu den verbrauchten Rathausparteien zu etablieren. Der politische Gegner, samt seiner willigen Helfer in den Medien, lief in diesem Kommunalwahlkampf regelrecht Amok. Unsere politischen Inhalte wurden totgeschwiegen. Zudem wurde sogar seitens der Medien ein totaler Anzeigenboykott gegen uns verhängt. Von einem fairen Wahlkampf konnte man wahrlich nicht sprechen. Genutzt hat es jedoch unseren Gegnern wenig.

Wir nehmen den Wählerauftrag ernst und werden den etablierten Kommunalpolitikern und auch der Verwaltung bei Bedarf auf die Finger hauen und versuchen, eine Politik des gesunden Menschenverstandes durchzusetzen. Wir wollen keine Kommunalpolitiker, die als ihre erste Aufgabe den eigenen Machterhalt bzw. die Lösung der eigenen sozialen Frage sehen und die den Kontakt zur Bürgerschaft in der Stadtverwaltung verloren haben; und keine Stadtverwaltung, die sich nicht als Dienstleistungsbetrieb für die Bürger versteht, sondern sich primär als Bürgerreglementierungsbehörde nach außen darstellt. Viel zu lange wurden die Geschicke in Leverkusen von immer den gleichen Parteien und Personen bestimmt. Verkrustete politische Strukturen sind die Ursache für diese Entwicklung. Die Folge sind Vetternwirtschaft und Parteienfilz. Hiergegen werden wir demokratisch opponieren.

Markus Beisicht
Fraktionsvorsitzender pro NRW

Leverkusen am finanziellen Abgrund

**Weniger Geld für den Bürger
- mehr Geld für Kommunalpolitiker**

Die konstituierende Sitzung des Leverkusener Stadtrates am 26. Oktober 2009 hat einen Blick in den Abgrund der städtischen Finanzen möglich gemacht. Oberbürgermeister Buchhorn und Finanzdezernent Rainer Häusler räumten den faktischen Bankrott der Stadt Leverkusen ein, für die sie unter denkbar schlechten Vorzeichen in der Verantwortung stehen. Das ist immerhin ehrlich und war wohl alternativlos; Verschleierung hätte im offenkundigen wirtschaftlichen Zusammenbruch lächerlich gewirkt.

Die Stadt Leverkusen erwirtschaftet jedes Jahr ein Defizit von rund 100 Millionen Euro. Wäre sie ein Wirtschaftsunternehmen, dann säßen ihre Verantwortlichen längst wegen Insolvenzverschleppung im Gefängnis. Da aber eine Kommune nicht einfach pleite gehen kann, erleben die Leverkusener finanzpolitisch den sprichwörtlichen Schrecken ohne Ende.

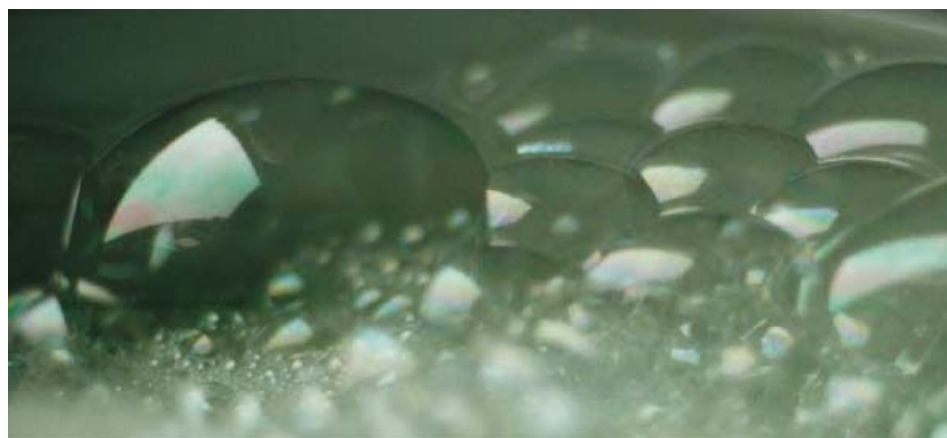
Einig sind sich die alten politischen Kräfte im Rat bei der Benennung der Schuldigen: Land und Bund hätten die kommunale Selbstverwaltung faktisch ausgehebelt und zahllose Städte und Landkreise in den wirt-

schaftlichen Ruin getrieben, heißt es. Einerseits würden den Kommunen teure Pflichtaufgaben aufgebürdet, andererseits brechen die Steuer- und Gebühreneinnahmen weg. Da müsse die Stadt ja in eine Schiefelage geraten, heißt es unisono bei Roten und Schwarzen.

Aber da drängen sich Fragen auf:

Wer regiert in Bund und Land? - Dieselben Parteien, die in Leverkusen (noch) die Mehrheit haben. CDU und SPD, Grüne und FDP schieben sich wechselseitig den Schwarzen Peter zu für Fehlentwicklungen, die sie gemeinsam verantworten müssen.

Welche Pflichtaufgaben reißen die größten Löcher in den städtischen Haushalt? - Das sind ganz klar die Sozialausgaben. Und die lägen viel niedriger ohne jene Belastungen, die von einer zugewanderten Personengruppe ausgehen, die der Bundesbanker Thilo Sarrazin kürzlich in drastischen Formulierungen als prinzipiell integrationsunwillig und strukturell wirtschaftlich nicht leistungsfähig beschrieben hat. Wer hinsichtlich dieses Personenkreises einen Poli-



Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn will Nanotechnologie made in Leverkusen in Schwellenländer exportieren lassen: „... Seifenblasen, die von seiner Untätigkeit ablenken sollen.“

tikwechsel fordert, wird als Rassist beschimpft. Warum eigentlich? Wo soll denn gespart werden, wenn nicht bei Ausgaben, die auf politischen Entscheidungen auf Bundesebene beruhen, die sich bereits seit Jahrzehnten als falsch herausgestellt haben?

Müssen die bestehenden Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene zwingend in die kommunale Pleite führen? - Klare Antwort: Nein. Immerhin können 35 nordrhein-westfälische Kommunen im laufenden Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, weil ihre Finanzfachleute und Kommunalpolitiker einfach besser sind als der Durchschnitt. Das können wir Leverkusener von unseren Rathausgrößen leider nicht behaupten!

Was tut Oberbürgermeister Buchhorn? - Er plant, Leverkusen zu einem bedeutenden Standort für die Entwicklung von Nanotechnologie auszubauen, die u.a. nach China exportiert werden soll. Leider weiß das in China noch niemand. Eher entsteht der Eindruck, Buchhorn produziere Seifenblasen, die von seiner Untätigkeit ablenken sollen. Und die selbstverständlich platzen werden.

Schuld sind dann wieder die anderen. Das nächste Mal vielleicht die Chinesen?

Was tut die Fraktion pro NRW? - Wir haben in der konstituierenden Ratssitzung beantragt, dort zu sparen, wo der Leverkusener Stadtrat unmittelbar einen eigenen Gestaltungsspielraum hat: bei den Kosten für die Ratsfraktionen. Die sind mit Beginn der neuen Ratsperiode mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen, FDP, OWG/UWG, Bürgerliste, pro Opladen und der Linkspartei weiter aufgebläht worden. Pro NRW empfindet es als befremdlich, daß sich die Kommunalpolitiker im Stadtrat per Mehrheitsbeschluß selbst mehr Geld genehmigen, während alle anderen sparen sollen.

Der Rat hat am 26. Oktober 2009 eine neue Regelung für die Fraktionsfinanzierung beschlossen. Dazu stellte pro NRW den folgenden Änderungsantrag:

a) Der Beschluß des Rates vom 13.12.2004 zur Bemessung der Zuwendungen der Stadtverwaltung an die Fraktionen (Vorlage Nr. R 91/16.TA) gemäß § 56 Abs. 3 GO NRW wird derart geändert, daß

1.) die Geldleistungen der Stadt Leverkusen an Fraktionen mit drei Mitgliedern mo-

natlich von 5.000,-- Euro auf 3.500,-- Euro gesenkt werden;

2.) die Pauschale für jedes weitere Fraktionsmitglied von 500,-- Euro auf 250,-- Euro gesenkt wird.

b) Fraktions- und gruppenlose Einzelmitglieder des Rates erhalten nicht die maximal möglichen finanziellen Zuwendungen nach § 56 Abs. 3 Satz 5 GO NRW, sondern Zuwendungen an der unteren Bemessungsgrenze des § 56 Abs. 3 Satz 5 GO NRW, die der derzeitigen Haushaltslage der Stadt Leverkusen entsprechen.

Die Annahme dieses Antrags hätte den Leverkusener Steuer- und Gebührendzahler jährlich mindestens mit Euro 297.500,-- entlastet. Im Laufe der Ratsperiode wären rund 1,5 Millionen Euro eingespart worden.

CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Opladen, OWG/UWG und Linkspartei haben den pro-NRW-Antrag abgelehnt, die Bürgerliste hat sich der Stimme enthalten. Erhard Schoofs, der sonst immer lautstark das Bürgerinteresse im Munde führt, stimmte sodann mit seiner Fraktion und den übrigen Ratsfraktionen - gegen die Stimmen von pro NRW - für die millionenteure Neuregelung der Fraktionsfinanzierung, die den Leverkusener Kommunalpolitikern in Zeiten der kommunalen Pleite mehr Geld zukommen läßt als jemals zuvor in der Geschichte unserer Stadt!

Die Leverkusener Regionalmedien überboten sich in ihrer Berichterstattung über die Ratssitzung in obrigkeitshörigem Gefälligkeitsjournalismus und verschwiegen den pro-NRW-Antrag vollständig.

Das konsequente Engagement der Fraktion pro NRW gegen die Selbstbereicherung der Kommunalpolitiker fand bereits am 26. Oktober Respekt und Anerkennung. Susanne Kutzner erhielt in geheimer Abstimmung neben den drei pro-NRW-Stimmen im

Stadtrat eine weitere Stimme, als sie für das Amt der Bürgermeisterin kandidierte.

In der Bezirksvertretung I hatte bereits in der vergangenen Woche Hermann-Josef Kentrup das Gespräch mit Kutzner gesucht. Der CDU-Bezirksvertreter bestätigte die de-

Susanne Kutzner

Mitglied des Rates der Stadt Leverkusen

Fraktion pro NRW

Bei ihrer Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters der Stadt Leverkusen bei der konstituierenden Ratssitzung am 26. Oktober bekam Susanne Kutzner unerwarteten Zuspruch aus einer der etablierten Ratsfraktionen.



mokratische Legitimität des Engagements von pro NRW, wurde in der Kampfabstimmung gegen Rainer Gintrowski (Bürgerliste) von Kutzner unterstützt und erreichte dadurch ein Patt: Sieben gegen sieben Stimmen bei einer Enthaltung. Im Losverfahren gewann dann leider der flapsig und unprofessionell wirkende Gintrowski das Amt des Bezirksvorstehers.

Fazit: Nicht alles ist schlecht in der Leverkusener Kommunalpolitik. Aber noch haben die falschen Leute das Sagen.

Pro NRW hatte einen guten Start in die neue Ratsperiode. Und die pro-NRW-Mandatsträger versprechen, dem Wählerauftrag treu zu sein: Wir werden im Rat und den Bezirksvertretungen die Interessen der Leverkusener Normalbürger auf die Tagesordnung setzen!

IMPRESSUM

Herausgeber:

Fraktion pro NRW, Humboldtstraße 2a, 51379 Leverkusen

Telefon: 0 21 71 - 39 49 639

Fax: 0 21 71 - 39 49 647

eMail: fraktion@pro-nrw.net

V.i.S.d.P.: Markus Beisicht, Gartenstr. 3, 51379 Leverkusen

Druck: Eigendruck